

Politische Bildung im Krieg

Verstörende Einblicke in die Handlungsstrategien russischer und ukrainischer Lehrerinnen und Lehrer – und was sich daraus für die deutsche politische Bildung lernen lässt*

Anja Besand

Über politische Bildung in der Postapokalypse nachzudenken, macht zunächst überraschend viel Spaß. Schon der Begriff »Postapokalypse« hat etwas schaurig Schönes. Er ruft Bilder von Ruinenlandschaften hervor, von Überlebenden, von kleinen Gemeinschaften, die zwischen den Trümmern der alten Welt etwas Neues beginnen. Vor allem aber enthält er ein Versprechen: dass es ein Danach gibt. Die Postapokalypse ist die Zeit nach dem großen Zusammenbruch. Und genau darin liegt ihre eigentümliche Hoffnung.

Theologisch betrachtet ist diese Hoffnung allerdings ein Missverständnis. Die Apokalypse – im ursprünglichen Sinn – ist kein zerstörerisches Ereignis, nach dem die Welt einfach weiterläuft. Sie ist die endgültige Offenbarung, der Moment der letzten Entscheidung. In dieser Perspektive gibt es kein Danach. Die Apokalypse ist nicht eine Katastrophe innerhalb der Geschichte, sondern ihr Ende. Der Begriff der Postapokalypse ist deshalb, streng genommen, eine kulturelle Konstruktion. Er erlaubt es, mit dem Ende zu spielen, ohne es vollständig ernst zu nehmen. Der Zusammenbruch wird imaginiert – aber immer unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass danach noch Menschen da sind, die erzählen, erinnern und neue Ordnungen entwerfen.

Gerade darin liegt seine analytische Produktivität. Die Postapokalypse lässt sich auch als Denkfigur für Zeiten verstehen, in denen bestehende Ord-

* Eine gesprochene Fassung dieses Beitrags ist im Rahmen der John-Dewey Abendschule erschienen. Wer lieber hört als liest kann sich also diese Gedanken auch von der Autorin vorlesen lassen. https://www.youtube.com/watch?v=Q9LDCJRdK_E.

nungen noch fortbestehen, ihre Selbstverständlichkeit jedoch bereits verloren haben. Institutionen funktionieren weiter, doch ihr Fundament wirkt brüchig. Bündnisse verlieren an Stabilität, politische Gewissheiten erodieren, und plötzlich erscheint das, was lange als stabile Normalität galt, als historische Ausnahmephase.

Vielleicht leben wir nicht vor der Katastrophe, sondern bereits nach dem Ende der Gewissheiten. Wenn das zutrifft, stellt sich auch die Frage politischer Bildung neu. Politische Bildung in Deutschland wurde über Jahrzehnte unter Bedingungen gedacht, die als selbstverständlich galten: Frieden, institutionelle Stabilität und die Erwartung, dass demokratische Ordnungen zwar umkämpft, aber grundsätzlich tragfähig sind (vgl. Hafenecker 2023; Jantschek 2023). Entsprechend konzentrieren sich viele Konzepte politischer Bildung darauf, Menschen politisch urteils- und handlungsfähig zu machen, sie für gesellschaftliche Fragen zu interessieren und zur demokratischen Beteiligung zu motivieren – etwa zur Teilnahme an Wahlen und zwar auch dann, wenn am Sonntag ein spannendes Fußballspiel stattfindet.

Diese Perspektive ist keineswegs falsch. Sie ist aber Ausdruck einer historisch außergewöhnlich stabilen Situation. Über viele Jahrzehnte hinweg mussten sich Akteur*innen der politischen Bildung in Deutschland kaum damit beschäftigen, wie politische Bildung unter Bedingungen grundlegender politischer Unsicherheit funktioniert. Doch genau diese Frage rückt zunehmend näher.

Was geschieht mit politischer Bildung, wenn Krieg nicht mehr nur etwas ist, das weit zurückliegt oder anderswo stattfindet – und deshalb eher im Geschichts- oder Geographieunterricht thematisiert wird? Kann man uns vorwerfen, diese Möglichkeit lange kaum bedacht zu haben? Vermutlich nicht. Deutschland blickt auf eine außergewöhnliche Phase von rund achtzig Jahren Frieden zurück. Und dennoch stellt sich eine irritierende Perspektivfrage: Wenn wir uns zehn Jahre in die Zukunft versetzen – wann würden wir aus dieser Perspektive sagen, dass der Krieg begonnen hat?

»Wir befinden uns nicht im Krieg, aber wir befinden uns schon lange nicht mehr im Frieden«, formulierte Generalleutnant André Bodemann bereits im Frühjahr 2024. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Textes, im Frühjahr 2025, hat sich die geopolitische Lage weiter zugespitzt. Donald Trump hat die Präsidentschaftswahlen in den USA gewonnen und deutlich gemacht, dass die Nachkriegsordnung, auf die sich Deutschland und Europa über Jahrzehnte verlassen haben, für ihn keine bindende Orientierung darstellt.

Vor diesem Hintergrund gewinnt eine Frage an Dringlichkeit, die lange außerhalb des Blickfelds politischer Bildung lag: Wie sieht politische Bildung aus, wenn ihre grundlegenden Voraussetzungen – Frieden, Stabilität und verlässliche internationale Ordnungen – selbst unsicher werden?

Was wissen wir über politische Bildung unter den Bedingungen des Krieges?

Mit Blick auf die Geschichte der politischen Bildung in Deutschland wissen wir einiges über die Indienstnahme dieses Bildungsbereichs durch Nationalsozialisten. Wir erinnern uns an militaristische politische Erziehung, Propagandaorganisationen und ideologische Indoktrination. Gleichzeitig wissen wir aber auch, dass die Nationalsozialisten institutionell verankerten Bildungsangeboten mit großer Skepsis begegnet sind. Aus diesem Grund zerschlugen sie quasi über Nacht alle Strukturen der staatsbürgerlichen Erziehung, die es zum Zeitpunkt der Machtübertragung gab (vgl. Sander 2012). Wir erinnern uns: Staatsbürgerkunde war auf Grundlage der Weimarer Reichsverfassung ein reguläres Schulfach, das neben Geschichte an allen Schulen unterrichtet werden sollte (vgl. ebd.). John Dewey hatte 1916 sein Buch *Demokratie und Erziehung* vorgelegt, erste reformpädagogische Konzepte blühten auf. Doch die Nationalsozialisten hatten kein Interesse daran, dass sich Menschen – insbesondere junge – intellektuell mit politischen oder gesellschaftlichen Fragen auseinandersetzen, dass sie lernten, Demokratie zu leben oder Autoritäten infrage zu stellen. Stattdessen gründeten sie eigene Jugendverbände und zündeten Lagerfeuer an. Völkische Ideen und Konzepte sollten nicht diskutiert, sondern erlebt werden. Ziel war nicht politische Mündigkeit, sondern Rekrutierung und Gehorsam.

Mit dem, was wir heute unter politischer Bildung verstehen, hat das alles nichts zu tun. Daher können wir uns vermutlich schnell darauf verständigen, dass sich aus diesem Kapitel der Geschichte wenig für unsere Fragestellung ableiten lässt. Im besten Fall hilft der historische Rückblick dabei, Herausforderungen sichtbar zu machen und eine Kontrastfolie zu entwickeln.

Wenn aber die historische Analyse in Bezug auf unsere Fragestellung wenig erfolgversprechend ist – worauf sollen wir dann unseren Blick richten? Wer kann uns Auskunft darüber geben, welche Rolle politische Bildung unter den Bedingungen des Krieges spielt und welche Herausforderungen sie dabei bewältigen muss?

Möglicherweise lohnt sich in diesem Zusammenhang der Blick auf Regionen, die in jüngster Zeit von militärischen Konflikten betroffen waren – konkret also nach Russland, in die Ukraine, nach Syrien oder Israel. Interessant wird es in diesem Zusammenhang sein, die pädagogischen Strategien von Angreifer*innen und Angegriffenen zu unterscheiden.

Die Angreifer: Die pädagogische Thematisierung des Krieges in Russland

Wir beginnen mit Russland und damit mit der Perspektive der Angreifer*innen. Putin hat bereits 2014 mit der Annektierung der Krim einen Angriffskrieg begonnen, der auf die staatliche Souveränität der Ukraine gerichtet ist, und diesen 2022 durch eine massive Invasion erweitert. Russland ist keine Demokratie. Es als autoritäre Präsidialherrschaft zu beschreiben, kommt einer Verharmlosung gleich. So dürfen die Bürger*innen Russlands beispielsweise seit 2022 bei Strafandrohung den Krieg mit ihrem Nachbarn nicht als Krieg bezeichnen. Laut Kreml handelt es sich um eine »militärische Spezialoperation«. Was kann und soll deutsche demokratische oder politische Bildung durch einen Blick auf Bildungseinrichtungen dieses Landes lernen, in denen mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht angstfrei über die entsprechenden Zusammenhänge gesprochen werden kann? Die Frage ist absolut berechtigt, und doch gibt es eine interessante Studie von Evgenia Efimova, die 2024 im *Journal of Social Science Education (JSSE)* erschienen ist und die uns tiefe Einblicke in die Strategien erlaubt, die Lehrer*innen nutzen, wenn sie einer Thematisierung des Zusammenhangs nicht mehr ausweichen können oder wollen. Dass die pädagogische Thematisierung der Zusammenhänge für die befragten Lehrkräfte heikel ist, macht die Einblicke dabei sogar noch wertvoller, denn wir sollten davon ausgehen, dass die Thematisierung eines Krieges aus der Perspektive von Lehrkräften eines unmittelbar beteiligten Landes grundsätzlich als heikel erlebt wird.

Efimovas Studie basiert auf 26 halbstrukturierten narrativen Interviews mit russischen Lehrkräften. Fast alle Interviews wurden im März 2022 durchgeführt und damit in unmittelbarer Folge der Invasion vom 24. Februar 2022. Die befragten Lehrkräfte waren nicht spezialisiert auf ein Unterrichtsfach¹,

1 Von 26 befragten Lehrkräften unterrichten 8 Social Studies oder vergleichbar, 4 Geschichte, 2 Geographie, 3 Sprache oder Literatur. Es gibt aber auch 7 Lehrkräfte, die le-

das bei uns politische Bildung heißen könnte, und ihre persönlichen Einstellungen zum Krieg waren durchaus unterschiedlich (vgl. ebd., 5). Gleichwohl versuchen die Lehrerinnen und Lehrer, sich pädagogisch professionell zu verhalten und ihrer Rolle gerecht zu werden. Im Mittelpunkt der qualitativ angelegten Studie stand die Aufforderung, eine möglichst konkrete schulische Situation wiederzugeben, die ihnen in den Sinn kommt, wenn sie sich an die Schultage erinnern, die auf die Februar-Invasion folgten, und in diesem Zusammenhang auch eigenes pädagogisches Handeln zu begründen. Grob zusammengefasst rekonstruiert Efimova fünf Handlungsstrategien:

Abb. 1: Handlungsstrategien nach Efimova 2024 – eigene Darstellung



HANDLUNGSSTRATEGIE 1: Eine Insel der Stabilität schaffen Krieg als persönliche (und nicht als politische) Herausforderung

Lehrkräfte, die diese Handlungsstrategie nutzen, verstehen den Krieg zunächst als Privatangelegenheit und zutiefst emotionale, persönliche Erfahrung, die Empathie und Stoizismus erfordert. Die pädagogische Herausforderung ergibt sich aus den wahrgenommenen Emotionen und Gefühlen der Schüler*innen. Die Lehrkräfte schildern Situationen, in denen jüngere

diglich Fächer wie Mathematik oder Naturwissenschaften unterrichten. Achtung: Da viele Lehrkräfte mehr als ein Fach unterrichten, werden sie in dieser Zählung möglicherweise mehrfach erfasst.

Schüler*innen während des Unterrichts in Tränen ausbrechen oder (ältere) sich hinter einer Wand aus Galgenhumor verstecken und nicht am Unterricht teilnehmen. Sie sprechen von einem »angespannten« Klassenzimmer oder einfach von wahrgenommenen »emotionalen Bedürfnissen« ihrer Schüler*innen. Die zentrale pädagogische Idee besteht im Anschluss daran, einen sicheren Raum zu schaffen, in dem sich nichts geändert hat und Kinder Sicherheit finden können. In der Praxis führt dies dazu, dass Lehrerinnen das emotionale Wohlbefinden der Lernenden als ihre Hauptaufgabe betrachten. Dieses Wohlbefinden negiert oder ignoriert die Tragödie des Krieges nicht, macht diesen aber zu einem privaten Schicksalsschlag, der nur abstrakt angesprochen werden muss. Wenn der Krieg selbst überhaupt angesprochen wird, dann geht es darum, einen gemeinsamen Nenner zu finden – beispielsweise, dass »Frieden gut und Krieg schlecht ist« und dass dies etwas ist, dem alle zustimmen sollten. Lehrkräfte, die diesem Handlungsmuster folgen, konzentrieren sich auf moralische Aspekte, wie die Verurteilung von Gewalt und Hass, und rufen dazu auf, den Frieden unter Verwandten und Freunden zu wahren, um Polarisierung und zerstörte Beziehungen zu vermeiden. Sie fordern die Schüler*innen auf, das Thema ernst zu nehmen und die Gefühle anderer Menschen (sowohl in der Ukraine als auch in Russland) zu berücksichtigen, indem sie den Krieg als Tragödie und Nicht-Normalität darstellen. Sie fordern die Schüler*innen auch auf, ihre Zeit nicht mit Politik zu verschwenden und sich stattdessen einer Sache zu widmen, über die sie Kontrolle haben – ihre Familie und ihr Studium. Sie stellen den Krieg quasi als Naturkatastrophe dar.

HANDLUNGSSTRATEGIE 2: Gespräche zum Thema Krieg moderieren Krieg als Herausforderung der Meinungs- und Urteilsbildung

Bei diesem Ansatz wird der Krieg als politisches, öffentliches Thema anerkannt, das mithilfe von Fachwissen im Unterricht diskutiert werden kann. Efimova rekonstruiert diese Handlungsstrategie vor allem in Interviews mit Lehrkräften, die Sozialwissenschaften, Geschichte, Geographie oder Literatur unterrichten. Auch hier gehen der Thematisierung in der Regel zunächst Bemerkungen und Kommentare der Schüler*innen voraus. In diesem Fall werden diese aber nicht nur emotional, sondern inhaltlich aufgegriffen. Die entsprechenden Lehrkräfte verstehen es als ihre Aufgabe, im Unterricht auch politische und soziale Fragen zu verhandeln und damit das Verständnis der Schüler*innen für die entsprechenden Zusammenhänge zu vertiefen. Die

Handlungen der Lehrer orientieren sich an den Idealen kritischer Bürgerschaft und Humanismus, die sie ausdrücklich mit sozialem Wandel und Demokratie verbinden. Russische Lehrkräfte, die dieser Strategie folgen, vermeiden es trotz allem, sich durch eigene Werturteile zu stark zu exponieren, indem sie bei der Beantwortung von Schülerinnenfragen betonen, »bei den Fakten zu bleiben« oder »neutral« zu erscheinen. Aus diesem Grund ziehen sie sich zumeist auf die Moderation von Schülerinnenäußerungen zurück.

HANDLUNGSSTRATEGIE 3: Die Stimmung nutzen, um Kontakt zu bekommen Im Krieg rücken wir näher zusammen

Einige der befragten Lehrkräfte nutzen die Ausnahmesituation, die sich im Kontext des Kriegsausbruchs ergibt, als Gelegenheit, ihre Beziehungen zu den Schüler*innen auf- oder auszubauen. Der Ausbruch des Krieges wird von ihnen als Unterbrechung pädagogischer Routinen erlebt, in der jede Seite genau zu wissen scheint, was die andere Seite denkt oder hören will. Die Lehrkräfte gehen davon aus, dass politische Gespräche zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen in dieser Situation eine gute Möglichkeit sind, um Vertrauen aufzubauen oder zumindest zu zeigen, dass sie keine Angst haben, auch über schwierige (=politische) Themen zu sprechen. Es ist bemerkenswert, dass dieses Begründungsmuster sowohl von patriotischen wie oppositionellen Lehrkräften vorgetragen wird, wobei sich bei genauerer Betrachtung durchaus Unterschiede ergeben. Für politisch ambivalente oder »patriotische« Lehrkräfte ist dieser Ansatz eine Möglichkeit, Beziehungen zu ihren liberalen Schülern aufrechtzuerhalten. Lehrkräfte mit systemkonformen politischen Ansichten empfinden das politische Klima nicht als einschränkend und glauben, dass in Russland Redefreiheit herrscht. Sie haben vor externen Risiken »keine Angst«, sondern eher vor ihren Schüler*innen. Im Gegensatz dazu stehen politisch liberale Lehrkräfte, die sich der Repressionen bewusst sind und für die der Verweis darauf, »keine Angst« zu haben, bedeutet, politische Risiken einzugehen.

HANDLUNGSSTRATEGIE 4: Mission und Rekrutierung

Während es im Kontext von Handlungsstrategie 3 darum geht, durch verhältnismäßig offene Gespräche über den Krieg Vertrauen aufzubauen und Beziehung zu stiften, legen die Lehrkräfte im Rahmen von Handlungsstrategie 4 Wert darauf, die eigene Sichtweise durchzusetzen. Auch hier gibt es sowohl staatstreue wie staatsferne Vertreter*innen. Efimova verweist dabei

auf einen Lehrer*innen, der sich in diesem Zusammenhang sehr für staatlich entwickeltes Unterrichtsmaterial begeisterte. Er zeigte ein Propagandavideo über »spezielle Militäroperationen« während seiner Informatikstunden. Im Rahmen des Interviews verwies er stolz darauf, dass er es geschafft hatte, den Film vollständig zu zeigen und zusätzlich eigene Gedanken einzubringen. Ganz offensichtlich befürchtete er, dass sein Unterrichtskonzept am Widerstand der Schülerinnen scheitern würde. Seine Mission in diesem Zusammenhang ist es, die Schüler*innen zu überzeugen oder zumindest den Versuch zu unternehmen. »Wir müssen darüber reden. Wir wissen nicht, wie sie zu Hause darüber reden, denn es sind unterschiedliche Familien.« (Efimova 2024, 16). Schule ist für ihn der Ort, an dem staatliche Perspektiven erklärt und durchgesetzt werden können.

Das Muster Mission und Rekrutierung findet sich allerdings nicht nur auf der staatstragenden Seite.

Als Beispiel stellt Efimova hier eine Lehrkraft vor, die hingegen versuchte, mit Galgenhumor und emotionalen Kommentaren die Schüler*innen zu provozieren und das »unpolitische« Schweigen im Klassenzimmer zu brechen: »Ich möchte etwas sagen, aber mir fällt keine andere Form ein, als darüber Witze zu machen. Ich möchte sagen, dass dies geschieht. Um sie noch einmal daran zu erinnern, dass unser Leben nicht mehr dasselbe sein wird und dass das, was geschieht, nicht normal ist« (ebd., 16). Während andere Lehrkräfte in dieser Stichprobe Trost spenden und die Kontinuität im Leben der Schüler betonen wollten, wird die Invasion hier als ein lebensveränderndes Ereignis markiert, mit dem die Schüler*innen sich unwohl fühlen sollten. So, das waren jetzt sehr gegensätzliche Beispiele, und trotzdem finden wir hier auch Gemeinsamkeiten – vor allem bei den vorgetragenen Begründungen. Beide Lehrkräfte sind mit der politischen Einstellung der Schüler*innen unzufrieden, verfolgen eine politische Mission und sehen die Rolle der Lehrer*innen als von Natur aus politisch an. Beide sehen sich als Gegner der politischen Mehrheit ihrer Schule (vgl. ebd.).

HANDLUNGSSTRATEGIE 5: Vermeidung

Viele Lehrkräfte bemühen sich auch in dieser Situation darum, »die Schule aus der Politik herauszuhalten« (ebd., 17). Politische Gespräche der Schüler*innen werden als Provokation, Ablenkung oder sozial riskant angesehen und sollten deshalb unbedingt unterbleiben. Eigene politische Überzeugungen legen die entsprechenden Lehrkräfte mit dem Verweis, dass sie sich neutral verhal-

ten müssen, nicht offen. Politische Gespräche werden grundsätzlich als etwas angesehen, das zu Hause stattfinden sollte, da Einmischungen der Lehrer zu Konflikten zwischen Schülern und Eltern führen könnten – was in Zeiten wie diesen noch weniger akzeptabel ist. Politische Diskussionen sollten von *Spezialisten* geführt werden und gehören nicht zu den Aufgaben von Lehrer*innen. In der Praxis kann diese Strategie unterschiedlich aussehen. Einige Lehrkräfte berichten, dass sie politische Gespräche unterbinden, wenn sie nach ihrer persönlichen Meinung gefragt werden, oder neutrale ›common sense‹-Antworten geben. Andere verweisen darauf, sich an den Lehrplan gehalten zu haben, auf historische Verweise auszuweichen und ihre Neutralität dadurch sichtbar gemacht zu haben, dass sie jegliches normatives Urteil gegenüber der aktuellen Situation vermeiden.

So weit zu Efimova und den russischen Lehrkräften. Warum haben wir uns das so genau angesehen? Zum einen weil es nur sehr wenige Studie gibt die mit so hoher Geistesgegenwart Daten im Kontext des unmittelbaren Kriegsausbruchs erhoben haben. Zum anderen aber auch weil die Muster, die wir hier am Beispiel russischer Lehrerinnen und Lehrer finden, weniger fremd sind als man vielleicht annehmen sollte (vgl. dazu Behrens 2014). Ich betonen noch einmal: diese Lehrkräfte handeln in einer sehr herausfordernden Lage. Russland ist keine Demokratie, sondern entwickelt sich von Jahr zu Jahr stärker in den Totalitarismus. Wie soll in der Schule angemessen über ein Thema gesprochen werden, wenn schon die zentrale Vokabel *Krieg* verboten ist? Und doch kennen wir diese Strategien nur zu gut., Wir kennen die Argumente Schule solle sich neutral verhalten, wir kennen Vermeidungsverhalten, wir kennen Lehrkräfte die sich auf Moderation zurückziehen und wir kennen die beziehungsorientierten Diskussionen um Save Spaces. Das ist uns auch in Deutschland und in weit weniger herausfordernden pädagogischen Situationen alles nicht fremd. Im Hinblick auf herausfordernde Themenstellungen wie z. B. den Umgang mit Rechtsextremismus hat Behrens bereits 2014 ganz ähnliche Handlungsmuster für deutsche Lehrkräfte nachgewiesen. Wir müssen deshalb davon ausgehen, dass sich Handlungsstrategien – insbesondere intuitiv gewählte – in herausfordernden Lagen gar nicht so sehr unterscheiden.

Die Angegriffenen: der pädagogische Umgang mit dem Krieg in der Ukraine

Als Gegenprobe schauen wir uns jetzt pädagogische Handlungsstrategien in der Ukraine an. Dabei wird sichtbar werden, dass sich auf den ersten Blick zwar ähnliche Handlungsstrategien identifizieren lassen – die konkrete Ausgestaltung dieser Strategien und ihre Bewertung aber durch die Tatsache, dass wir es in diesem Zusammenhang mit Handlungsstrategien eines angegriffenen Landes zu tun haben, sehr deutlich unterscheiden. Festgehalten werden muss in diesem Zusammenhang darüber hinaus: Dass die Datenlage im Hinblick auf die Ukraine deutlich schlechter ist. Wir haben in diesem Fall keine rekonstruktive Studie, die unmittelbar auf pädagogische Handlungsstrategien in Reaktion auf den Krieg gerichtet ist, sondern müssen die Zusammenhänge aus unterschiedlichen Quellen rekonstruieren. Gleichwohl ist es bemerkenswert, dass pädagogische Forschung in der Ukraine weiter existiert und sich nach wie vor mit unterschiedlichen aktuellen Fragestellungen beschäftigt. Ganz offensichtlich möchte sich die erziehungswissenschaftliche Forschung in der Ukraine durch die Tatsache des Krieges nicht aus dem Tritt bringen lassen und sucht unbeirrt Bezugspunkte zum internationalen Fachdiskurs. Nur ein kleinerer Teil der in jüngster Zeit publizierten Studien thematisiert die Tatsache des Krieges überhaupt.

HANDLUNGSSTRATEGIE 1: Eine Insel der Stabilität schaffen

Auch in der Ukraine bemühen sich Lehrerinnen und Lehrer sehr darum ihren Schülerinnen und Schülern durch Bildungsangebote eine Insel der Stabilität zu schaffen. Um zu verstehen was das heißt, müssen wir allerdings berücksichtigen, dass in der Ukraine seit Februar 2022 bis heute pro Tag durchschnittlich 22 Schulen angegriffen werden. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes waren nach Angaben der ukrainischen Regierung 365 pädagogische Einrichtungen komplett zerstört und 3798 schwer beschädigt². Hinzu kommt die Nutzung nicht beschädigter Schulen als Notunterkünfte, Lehrkräftemangeln durch Einberufung von Lehrkräften in den Militärdienst, oder aber ihre Flucht oder ihr Tod. Eine Insel der Stabilität zu schaffen heißt unter diesen Bedingungen zunächst sicherzustellen, dass die Möglichkeiten zur Beschulung

2 Auf der Internetseite <https://saveschools.in.ua/en/> können entsprechende Daten eingesehen werden.

ukrainischer Kinder überhaupt sichergestellt werden kann. Als beredetes Beispiel was das heißen kann, wurden Klassenzimmer in U-Bahnhöfen und Luftschutzkellern eingerichtet sowie massiv auf Online bzw. hybride Unterrichtsformen umgestellt.

»In order to increase the level of safety of the participants in the educational process, the Ministry of Education and Science of Ukraine suggested using the advantages of distance and mixed forms of education.« (Hruzevskyi 2022, 75)

Zugute kam den ukrainischen Lehrkräften in diesem Zusammenhang, dass entsprechende Strategien im Rahmen der Pandemie bereits eingeübt und etabliert wurden. Schulbücher wurden digital bereitgestellt, damit sie an sicheren Orten und damit auch auf der Flucht oder im Exil genutzt werden können. Lehrkräfte haben aus Schutzunterkünften heraus mit Kindern an ganz unterschiedlichen Orten Unterricht durchgeführt. Trotz der herausfordernden Lage haben ukrainische Lehrkräfte damit sogar geflüchtete Kinder in Westeuropa weiter mit muttersprachlichem Unterricht versorgt.

HANDLUNGSSTRATEGIE 2: Gespräche zum Thema Krieg moderieren Krieg als Herausforderung der Meinungs- und Urteilsbildung

Während die Strategien im vorangegangenen Abschnitt eher als operativ oder organisatorisch zu beschreiben und auf die Versorgung von Schüler*innen und Schülern gerichtet sind, ergeben sich im Hinblick auf die pädagogische Bearbeitung des Krieges in der Ukraine aber auch inhaltliche Konsequenzen. Betrachtet man beispielsweise, welche Veränderungen sich in den ukrainischen Lehrplänen seit 2022 ergeben haben, fällt auf, dass das Thema Menschen- und internationales Völkerrecht, Europa und EU sowie der russisch-ukrainische Krieg selbst als Gegenstände in die Fächer Rechts- und Staatsbürgerkunde integriert worden sind (Zaplatynskyi 2024, 486). Zudem wird festgehalten:

»The Russian war caused an increase in the importance of subjects of civic and historical education in order to form a clear conceptual system that will prevent the influence of enemy propaganda.« (ebd.)

Das ist ein zwar unmittelbar nachvollziehbares und gleichzeitig doch bemerkenswertes Argument für eine Stärkung dessen, was wir politische Bildung nennen, unter den Bedingungen eines Krieges. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass der Bildungsbereich Politische Bildung – besser übersetzt als Staatsbürgerkunde oder ganz präzise »громадянська освіта« – in der ukrainischen Schule seit geraumer Zeit existiert. Er hat sich aber in den letzten zehn Jahren und ganz besonders nach 2022 nach von einem eher trockenen institutionenkundlichen Fach zu einem sehr viel lebensnäheren Unterricht entwickelt, der aktuelle Herausforderungen aufgreift, demokratische Werte anspricht und aktive gesellschaftliche Beteiligung fördert (vgl. ebd., 483). Die Regierung, vermittelt durch das Kultusministerium, ist sich in diesem Zusammenhang tatsächlich sehr bewusst darüber, dass schulische Lernangebote – auch aufgrund des hybriden Unterrichtskonzepts, das stark auf Onlinelernen setzt – nicht nur von den Schüler*innen, sondern auch von den sie unterstützenden Eltern wahrgenommen werden. Die Bürger*innen der Ukraine sollen fit gemacht werden, Desinformation als solche zu erkennen und der russischen Propaganda damit nicht schutzlos ausgeliefert zu sein. Aus diesem Grund werden Bildungsangebote gestärkt, die sich auf der Grundlage von Fakten mit politischen und historischen Fragen beschäftigen, mediale Orientierungsfähigkeiten oder allgemein die Urteilsfähigkeit fördern (vgl. ebd. 487). Auch wenn die Stärkung des ukrainischen Patriotismus in diesem Zusammenhang als Ziel durchaus mit angesprochen wird, ist die deutliche Ausrichtung auf Demokratie und Menschenrechte und die starke Orientierung auf Urteilsfähigkeit in diesem Zusammenhang bemerkenswert. Die Ukraine versucht damit nicht, in die Falle zu tappen, der russischen Propaganda in einem sehr schlichten Sinn durch Gegenpropaganda zu begegnen, sondern ihre Bürger*innen demokratisch zu stärken. Zudem wurden neue Unterrichtsfächer etabliert wie »Basics of Health«, »Health, Safety and Well-being«, in denen neben Strategien, Erste Hilfe zu leisten, auch der Umgang mit Extremsituationen, posttraumatischen Störungen oder Sprengstoff thematisiert wird (vgl. ebd.). Letzteres leitet uns schon zu Handlungsstrategie 3 über.

HANDLUNGSSTRATEGIE 3: Die Stimmung nutzen, um Kontakt zu bekommen Im Krieg rücken wir näher zusammen

Eine der augenfälligsten Veränderungen der ukrainischen Lehrpläne betrifft allerdings nicht die politische Bildung, sondern den Sprachunterricht im Fach

Russisch. Das Interesse an diesem Fach war offenbar schon vor 2022 stark zurückgegangen. Durch die Invasion im Frühjahr 2022 wurden dann aber auch offiziell schulische Programme zur Förderung der russischen Sprache aus den Lehrplänen entfernt. Auch die Auseinandersetzung mit russischer Literatur und Geschichte findet nicht mehr statt. Das passt zu dem, was wir im Kontext der russischen Lehrkräfte Handlungsstrategie 3 genannt haben. Die Ukraine besinnt sich auf ihre eigene Sprache und eigene Traditionen. Lehrkräfte müssen nachweisen, dass sie ausreichende Fähigkeiten haben, den Unterricht in ukrainischer Sprache durchzuführen. Diese Verschiebung ist mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gut nachvollziehbar, beinhaltet gleichwohl die Gefahr einer nationalistischen Verengung von Bildungsprozessen. Im Fall des Sprachunterrichts in der Ukraine haben wir es aber weniger mit einer nationalen Schließung zu tun als mit einer Perspektivverschiebung, denn der Fremdspracherwerb ist mit Blick auf eine wünschenswerte Integration in die EU jetzt stärker auf Sprachen wie Englisch und Französisch ausgerichtet.

HANDLUNGSSTRATEGIE 4: Mission und Rekrutierung

Die Ukraine befindet sich seit 2014 im Krieg. Seit Februar 2022 gilt die Generalmobilmachung, die im Frühjahr 2024 noch einmal verschärft wurde. Trotz allem mangelt es der Ukraine an Soldat*innen. Von außen betrachtet ist es nicht leicht einzuschätzen, wie stark die Ukraine als Staat zukünftige Soldat*innen über pädagogische Angebote zu rekrutieren versucht. Es ist bekannt, dass außerhalb von Schule Sommercamps zum Thema Verteidigung angeboten werden. Diese Camps werden von Mädchen und Jungen ab zwölf Jahren besucht und sind offensichtlich sehr beliebt.

Sie nutzen diese Angebote im Versuch, dem umfassenden Kontrollverlust, den sie durch den Krieg erleben (nicht wenige haben Angehörige und Freunde verloren), und der damit verbundenen Ohnmacht etwas entgegenzusetzen. Es existieren einige Film- und auch Radioberichte über diese Camps. Die Ukraine versucht, indem sie Journalisten Zugang zu diesen Angeboten ermöglicht, deutlich zu machen, dass es sich hier nicht lediglich um Angebote handelt, die sich mit Verteidigungsstrategien beschäftigen. »Wir wollen den Kindern nicht beibringen, wie man Menschen tötet – das wollen wir nicht. Aber wir wollen, dass diese Generation aufwächst und jederzeit in der Lage ist, sich selbst zu schützen.« (ARD Morgenmagazin 2025)

HANDLUNGSSTRATEGIE 5: Vermeidung

Mit Blick auf die Ukraine haben wir keine pädagogischen Handlungsmuster entdecken können, die sich unter der eng gefassten Überschrift Vermeidung darstellen lassen. Zwar bieten Organisationen wie Save the Children – in Abgrenzung zu den Verteidigungscamps, die im letzten Abschnitt angesprochen wurden – auch Spiel- und Betreuungsangebote für ukrainische Kinder, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Kindern unbeschwertes Spiel und schlicht Kindheit zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Angebote werden aber immer auch psychologische Angebote zum Umgang mit Traumata und Verlust platziert. Der Umgang mit und die Thematisierung von Krieg scheint in der Ukraine damit unvermeidlich.

CONCLUSION: Was wir aus diesen Betrachtungen lernen können

Nachdem wir uns bis zu dieser Stelle recht ausführlich mit der Frage beschäftigt haben, mit welchen pädagogischen Handlungsstrategien in russischen und ukrainischen Bildungsinstitutionen auf die Tatsache eines heißen Krieges reagiert wird, kommen wir zu der nicht ganz einfachen Aufgabe, zu entscheiden, was sich aus diesen Beobachtungen lernen lässt.

Bevor wir in eine tiefere Analyse einsteigen, soll an dieser Stelle noch einmal festgehalten werden, dass mit Blick auf die Übertragbarkeit auf eine deutsche Perspektive die Beschreibung der Handlungsstrategien russischer Lehrkräfte bei weitem vertrauter wirkt als die pädagogischen Interventionen der Ukraine. Vermeidungsverhalten, auch und gerade mit dem Verweis auf politische Neutralität, ist uns im Kontext der deutschen politischen Bildung nur zu vertraut. In der Ukraine war von Neutralität und Vermeidung dagegen so gut wie nichts zu finden, stattdessen lesen wir hier etwas über militärische Grundausbildung für 12-Jährige. Das ist verstörend – aber wohin führt uns das? Stehen deutsche Lehrkräfte damit russischen Lehrer*innen näher als ukrainischen? Diese Frage ist im höchsten Maße irritierend – oder mit anderen Worten: Das kann nicht sein – und das darf mit Blick auf die politischen Rahmenbedingungen, in denen Schule jeweils stattfindet, auch nicht so sein.

Und genau hier liegt möglicherweise auch das Lernpotenzial dieser Betrachtung.

1. Ausweichende Strategien muss man sich leisten können.

Leisten können heißt dabei konkret: Die organisatorischen Abläufe der Bildungssituation sind nicht unmittelbar durch den Konflikt beeinträchtigt. In eben diesem Punkt ähneln sich die russische und die deutsche Perspektive, und vielleicht sind die russischen Handlungsstrategien deshalb für uns vertrauter als die ukrainischen. Denn Vermeidungsstrategien unsicherer Pädagog*innen setzen die Phantasie voraus, dass sich das, über was hier nicht gesprochen wird, durch Nichtthematisieren aus der Bildungssituation heraushalten lässt. Ich bezeichne das als Phantasie, weil das häufig faktisch gar nicht möglich ist. Auch in russischen oder deutschen Klassenzimmern sitzen Kinder aus der Ukraine oder mit ukrainischen Cousins und Cousinen, und selbst wenn das nicht der Fall ist – die Tatsache des Krieges hat sich längst herumgesprochen und verändert die Bildungssituation.

2. Vermeidung macht keinen Sinn.

Vermeidungsstrategien sind deshalb grundsätzlich nicht zu empfehlen. Sie fördern Indifferenz und lassen die Lernenden mit ihren Ängsten allein. Neutralität hat auch nichts mit Demokratie oder Pluralismus zu tun, wie wir das in Deutschland zuweilen denken. Auch das kann man mit dem Blick auf Russland lernen, wo die entsprechenden Strategien ja in einem nicht demokratischen Kontext deutlich zu finden sind. Es hat lediglich mit der Unsicherheit der Pädagog*innen zu tun, die nicht in Konflikt mit Vorgaben geraten möchten und offenbar keine Klarheit über den eigentlichen Bildungsauftrag haben.

3. Resiliente Strategien einüben.

Soweit wir es erkennen können, verzichtet die Ukraine auf allzu platte Versuche, den ukrainischen Patriotismus zu stärken. Das ist aus der Position eines angegriffenen Landes gar nicht leicht. Stattdessen setzt sie auf die Etablierung resilienter Strategien der Versorgung, auch und gerade mit Unterricht. Die Ukraine wird in diesem Zusammenhang als handlungsfähiger Staat sichtbar, der seine Bürger*innen – hier sind es die jüngeren – im Rahmen seiner staatlichen Aufgaben weiter versorgen kann. Das ist in einer herausfordernden Lage nicht unerheblich und auch nicht leicht, aber es ermöglicht – das haben wir alle in der Pandemie gelernt –, dass Eltern sich auch noch mit etwas anderem als ihren Kindern beschäftigen können.

4. Kinder auf der Flucht versorgen.

In den ersten Monaten des Krieges – in dem bereits ein nicht unerheblicher Teil ukrainischer Kinder mit einem Elternteil (in der Regel der Mutter) das Land verlassen hatte und beispielsweise in Deutschland mit Unterricht versorgt werden musste – ist das durch ukrainische Lehrkräfte geschehen. Entweder, weil diese ebenfalls das Land verlassen hatten und sich trotz ihrer prekären Lage sehr schnell in den Dienst der Schulen gestellt hatten, oder weil sie aus der Ukraine heraus weiter Onlineunterricht für geflüchtete Kinder angeboten haben. Es gab in diesen Tagen ein etwas spöttisches Meme, das sich über verschiedene Social-Media-Kanäle verbreitete, dass ukrainische Menschen sich wunderten, dass die Deutschen solche Probleme mit der Bereitstellung digitaler Unterrichtsangebote hätten, wenn selbst sie das unter den gegebenen Bedingungen noch schaffen. Den ukrainischen Lehrkräften kam dabei zugute, dass die Strategien durch die Pandemie etabliert waren. Daraus lässt sich lernen, dass es im Krisenfall recht schwer ist, solche Verfahren neu zu etablieren – sie müssen vorab geübt worden sein, damit sowohl Lehrkräfte als auch Familien mit ihnen umgehen können.

5. Feindlicher Propaganda begegnen.

Kommunikation mit der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und feindlicher Propaganda zu begegnen, ist eine weitere wichtige Strategie im Kontext militärischer Konflikte. Der ukrainische Präsident hat mit seinen täglichen Videobotschaften dafür ein interessantes Instrument entwickelt. Neben diesen spielt (wie wir gesehen haben) die Kommunikation über staatliche Einrichtungen wie die Schulen keine ganz unwichtige Rolle. Die Ukraine hat erkannt, dass die Fähigkeit, Desinformation als solche zu erkennen, eine wichtige Voraussetzung ist, feindlicher Propaganda nicht auf den Leim zu gehen, und hat deshalb Staatsbürgerkunde und medienpädagogische Angebote im Lehrplan gestärkt. Noch besser wäre gewesen, damit nicht bis zum Kriegsausbruch zu warten, und auch wenn wir die Schule als sicheren Ort betrachten und Kinder (zumal jüngere) dort nicht mit allen Problemlagen der Welt konfrontieren möchten, hätte es Sinn gemacht, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass Kriege heute nicht mehr nur konventionell geführt werden. Zu klären, was Krieg ist und welche Formen er heute annehmen kann, macht auch und gerade für Menschen Sinn, die den Luxus hatten, sich seit geraumer Zeit nicht mehr mit solchen Fragen beschäftigen zu müssen. Entsprechende Literatur gibt es zur Ge-

nüge (vgl. z. B. Münkler 2002). Die muss in Bildungssituationen auch nicht zwangsläufig gelesen werden. Unter Umständen würde es schon reichen, sich mit dem folgenden diesem Bild zu beschäftigen.

Abb. 2: Dieses Bild kursiert auf verschiedenen Social-Media-Plattformen u. a. <https://www.facebook.com/groups/mexicanamericans/posts/1633686037299673/?view=posts>



6. Demokratie stärken statt platter Patriotismus

Auch Kinder stellen sich im Krieg die Frage, für oder um was da gerade gekämpft wird. Der Verweis auf Freund-Feind-Kategorien ist hier leider immer naheliegend. Für die Existenz einer selbstbestimmten Ukraine wäre die patriotische Antwort, die sicherlich auch gegeben wird. Aber der Verweis auf Selbstbestimmungsrechte weist deutlich darüber hinaus. Mit Blick in die Überarbeitungen der ukrainischen Lehrpläne seit 2022 kann man sagen, dass die Ukraine zumindest kein Beispiel dafür gibt, in allzu platten Patriotismus zu verfallen. Die Stärkung von Bildungsgegenständen wie Menschenrechte und internationales Völkerrecht ist eine kluge Antwort unter diesen Bedingungen, von der sich sicher lernen lässt. Die Leser*innen dieses Beitrags

werden vielleicht denken: Was nützt es ukrainischen Menschen, wenn sie die Rechtstatbestände des internationalen Völkerrechts kennen – wenn diese doch ganz offensichtlich täglich verletzt werden? Genau das Gleiche könnte man über die Thematisierung der Kinderrechte in Deutschland sagen, denn auch sie werden allzu oft nicht eingehalten. In der politischen Bildung thematisieren wir Rechte nicht, weil sie gelten, sondern im Gegenteil, um die Grundlage der Möglichkeit zu schaffen, damit sie Realität werden können und um Rechtsübertretungen dokumentieren zu können – auch dazu muss man sie kennen. Es ist deshalb bildungspolitisch eine kluge Strategie der Ukraine, diese Gegenstände im Rahmen der Überarbeitung der Curricula stärker zu machen.

7. Verteidigungsstrategien?

Am schlimmsten ist es sicherlich, darüber nachzudenken, was wir aus dem Gedanken machen, dass es in der Ukraine militärische Ausbildungslager für 12-Jährige gibt. Das ist schrecklich – das wollen wir nicht – natürlich nicht – aber was machen wir daraus? Auch bei uns wird es in Kürze wieder so sein, dass wir Jugendliche auf die Möglichkeit vorbereiten, dass es auch in Deutschland so etwas wie eine Wehrpflicht geben wird. Ja, das ist etwas anderes – aber ein bisschen schließt es schon an, und auch die Umbenennung des Ganzen als Friedensdienst (wie die bayerische Grüne Jugend es vorgetragen hat) ändert daran nichts wirklich. Nicht von der Hand zu weisen ist in jedem Fall, dass es unter den ukrainischen Bedingungen durchaus Sinn macht, Kindern im Rahmen von Fächern wie Health & Safety beizubringen, dass man mit Granaten nicht spielt, sondern besser wegläuft, und wie man am besten reagiert, wenn man Verletzte versorgen muss. Aber auch das ist kein wirklich schöner Gedanke.

Literatur

- ARD Morgenmagazin 2025: Ukraine: Jugendliche für die Front, Filmbericht online unter: <https://www.ardmediathek.de/video/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RlLmRL21vcmdlbm1hZ2F6aW4vZjQzZGYwMmMtZDljNSooM2EzLTlhNGItNmY2Y2JjMTliNGU1> [zuletzt: 21.05.2025].
- Bahlei, Alla 2023: »Wo sind die Kinder? – Im Bunker« Über die Herausforderungen für non-formale Bildung während des Krieges in der Ukraine. In: Journal für politische Bildung. 13/1, S. 4–7.
- Behrens, Rico/Besand, Anja/Breuer, Stefan 2021: Politische Bildung in reaktiven Zeiten – Plädoyer für eine standhafte Schule. Frankfurt a. M.
- Behrens, Rico 2014: Solange sie sich im Klassenzimmer anständig benehmen. Schwalbach/Ts.
- Besand, Anja: Lässt sich aus Krisen lernen? Über Apokalypseblindheit und Kollaterales Lernen in der politischen Bildung. In: polis. 28/1, S. 18–21.
- Besand, Anja 2020: Die Krise als Lerngelegenheit oder: Kollaterales politisches Lernen im Kontext von COVID-19, online: <https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/dpb/studium/lehveranstaltungen/die-krise-als-lerngelegenheit> [zuletzt: 27.05.2026].
- Besand, Anja 2019: Hoffnung und Ihre Losigkeit – Politische Bildung im Zeitalter der Illusionskrise. In: Dies./Overwien, Bern/Zorn, Peter (Hrsg): Politische Bildung mit Gefühl, Bonn 2019, S. 173–187.
- Buschert, Fanny 2025: Lernen im Krieg: Wie geht es Schüler*innen in der Ukraine? I–IV Audiofeature in DLF, online: <https://www.deutschlandfunk.de/lernen-im-krieg-wie-geht-es-schueler-innen-in-der-ukraine-iv-florian-westphal-100.html> [zuletzt: 27.05.2026].
- Dewey, John 1916: Democracy and Education. London.
- Efimova, Evgenia 2024: Russian teachers dealing with the full-scale invasion of Ukraine as a classroom issue. In: Journal of Social Science Education. 23/2. <https://doi.org/10.11576/jsse-6852>.
- Hafeneger, Benno 2023: Aufwachsen in Krisenzeiten. Jugendliche zwischen Klimakrise, Pandemie und Krieg. In: Journal für politische Bildung. 13/1, S. 40–44.
- Hruzevskyi, Oleksandr 2022: A Systematic Analysis of the Impact of the Military Conflict on the Distance Education System in Ukraine E-Learning Innovations Journal. 1(1), S. 71–87, online: https://www.researchgate.net/publication/382435371_A_Systematic_Analysis_of_the_Impact_of_th

- e_Military_Conflict_on_the_Distance_Education_System_in_Ukraine [zuletzt: 27.05.2026].
- Jantschek, Ole 2023: Wehrhaft – wertvoll. Zur Verortung politischer Jugendbildung in Kriegs- und Krisenzeiten. In: *Journal für politische Bildung*. 13/1, S. 54–55.
- Kopinska, Violetta/Acikahn, Mehmet 2024: Change in citizenship and social science education in (post)war times. In: *Journal of Social Science Education* 2024. Vol 23/2, online: <https://www.jsse.org/index.php/jsse/article/view/7281/6486> [zuletzt: 27.05.2026].
- Matto, Elisabeth 2024: Teaching Democratic Citizenship in Moments of Conflict: Putting Civic Engagement Theory Into Practice When Teaching About the War in Ukraine. In: *Journal of Political Science Education*. 20/3, S. 374–390.
- Münkler, Herfried 2002: *Die neuen Kriege*. Hamburg.
- Sander, Wolfgang 2012: *Politik in der Schule*. Marburg.
- Zaplatynskyi, Vasyl (2024): Changes and additions to the content of education under the influence of the war in schools of Ukraine, online: https://www.researchgate.net/publication/389355584_Changes_and_additions_to_the_content_of_education_under_the_influence_of_the_war_in_schools_of_Ukraine [zuletzt: 21.05.2025].